

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 14, 10. Januar 2002

Einblicke

Kritische Grenzen

Von Helmut Lölhöfel

Beleidigend, beschämend, eine Schmach, antiisraelische und antisemitische Propaganda – wer so schroffe Vokabeln verwendet, muss schon höchst zornig sein und allen Grund zur Kritik haben. Eine Artikelserie in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ und ein Kommentar im „Spiegel“ haben die Gemüter erregt und erhitzt. Seit Wochen hagelt es Proteste gegen diese Veröffentlichungen; die Verantwortlichen wehren sich gegen die Vorwürfe.

In der FAZ-Sonntagszeitung schrieb der türkische Nationalökonom Yahya Sezal Tezel, er „glaube, ... dass eine Hauptursache für den derzeitigen ‚Kampf der Traditionen‘ in der Gründung des Staates Israel liegt“. Im Umfeld dieses Aufsatzes standen Überschriften wie „Das Problem heißt Israel“ und ein Jürgen-Möllemann-Interview mit der Aussage: „Wer anderer Leute Länder besetzt, darf sich nicht wundern, wenn die sich wehren.“ Rudolf Augstein verglich den israelischen Premierminister Ariel Sharon mit Adolf Hitler.

Bricht in der Israel-Berichterstattung deutscher Medien unverhüllter Antisemitismus aus? Die besorgten Stimmen sind begründet. Es darf nicht sein, dass eine Stimmung „Die Juden sind an allem Schuld“ aufkommt. Niemand in Deutschland hat die Existenz Israels in Frage zu stellen. Und Sharon mit Hitler in einem Atemzug zu nennen, ist abwegig. Andererseits muss es erlaubt sein, die Politik des Staates Israel zu kritisieren. Das gehört zu den Grundregeln der Medienfreiheit. Die Grenze ist überschritten, wenn antisemitische Untertöne einfließen oder doppeldeutige Formulierungen verwendet werden. Die Sonntags-FAZ und Augstein haben, obwohl sie unverdächtig sind, Opfer und Täter zu verwechseln, Empfindlichkeiten verletzt.

Wer Yassir Arafat den Weg nach Bethlehem versperrt, wer palästinensische Siedlungen zerstört, kann sich nicht beklagen, wenn darüber offen und strittig diskutiert wird. Das hat mit Antisemitismus nichts zu tun. Ressentiments und Rassismus entstehen auch aus unaufrichtigem Verschweigen.

Uneinsichtiger Schläger

Mitglied der neonazistischen „Kameradschaft Pinneberg“ wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt.

Seite 2 ■

„Ruhm und Ehre“

Die rechtsextreme Szene macht mobil gegen die Wehrmachtsausstellung. Gleich in mehreren Städten sind Aufmärsche angemeldet.

Seite 3 ■

Der Kragen geplatzt

Nach langem Gezerre hat die NPD den Neonazi Steffen Hupka jetzt aus der Partei ausgeschlossen.

Seite 4 ■

Geschäfte mit Folgen

Gericht schickt Produzent von neonazistischen CDs ins Gefängnis.

Seite 7 ■

Tödliche Substanzen

Wissenschaftler sieht Gefahr von rechten Terroranschlägen mit Massenvernichtungsmitteln.

Seite 12 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Alibi unter Freunden**

Norddeutscher Neonazi wegen Körperverletzung verurteilt. Anwalt Rieger bezeichnet Zeugen als „drogensüchtig“.

Zeichen des Mitgefühls für seine Opfer kam während der Verhandlungstage von Alexander Schlichting nicht. Der Neonazi aus der „Kameradschaft Pinneberg“ meinte zu Unrecht vor dem Schöffengericht am Amtsgericht Itzehoe zu stehen. Unter starken Sicherheitsvorkehrungen verurteilte aber am 19. Dezember 2001 das Gericht der schleswig-holsteinischen Kleinstadt den 23-jährigen Neonazi zu einem Jahr und drei Monaten Freiheitsstrafe. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Schlichting, der bereits wegen Körperverletzung verurteilt ist, am 10. Februar 2001 bei einer Geburtstagsfeier im Bahnhofsgebäude Bönningstedt ein Bandmitglied von „Bardad“ zusammengeschlagen und am 17. April desselben Jahres ebenso bei einer Geburtstagsparty im Clubheim TSV Ellerbek einen Polizisten angegriffen hat.

Nur durch einen Nebeneingang, den Polizeibeamte bewachten, und nach einer Waffenkontrolle konnten die Besucher zu dem Verhandlungssaal III des Gerichts gelangen. Trotz der Überwachung klebten Mitglieder der „Kameradschaft Pinneberg“ auf dem Parkplatz Plakate mit der Aufschrift „Freiheit für Alexander S.“ und verteilten eine Flugschrift mit der Forderung der „sofortigen Freilassung unseres Kameraden“. Im Gerichtssaal ließen sie ihn auch nicht alleine und schimpften über die Ankläger und Zeugen. Nur wenn Schlichtings Verteidiger Jürgen Rieger versuchte, Belastungszeugen als „unglaublich“ und „drogensüchtig“ darzustellen, waren sie ruhig.

An den drei Prozesstagen verhandelte das Gericht über beide Anklagen. Im ersten Fall sagten die Zeugen immer wieder aus, das Schlichting nach dem Geburtstagskonzert im Februar das „Bardad“-Mitglied Till Sch. „zusammengetreten“ hatte. Den Unmut der nicht eingeladenen anwesenden 20 Neonazis hatte die Band auf sich gezogen, als sie spontan „Nazis raus“ gesungen hatte. Auch im zweiten Fall betonten die Zeugen, dass Schlichting am Abend des Ostersonntags einer der Angreifer war. Nachdem der „Pinneberger Kamerad“ Clemens Otto einen Aussteiger aus der rechten Szene auf der

Party zusammengeschlagen hatte, erstattete dieser sofort bei der Polizei Ellerbek Anzeige wegen Körperverletzung und mehrere Polizeibeamte rückten an, um die Personalien von dem Täter festzustellen. „Aus taktischen Überlegungen“, berichtet eine Polizistin vor Gericht, „sind gleich zehn Kollegen losgefahren“. Otto sei schließlich kein Unbekannter. Kaum hatten die Beamten die Räume betreten, umzingelten einige Neonazis den Polizeimeister Nico G. und schlugen mit Flaschen, Gläsern und Stühlen auf ihn ein. Als er verletzt zu Boden ging, griffen sie ihn immer wieder mit Stühlen und Tritten an. Der Polizeimeister erlitt schwere Kopf- und Wirbelsäulenverletzungen. „Nur die Schutzweste verhinderte, dass der Beamte bleibende Schäden davon trägt“, betonte der Nebenkläger Christoph Heer und sagte, „man darf dankbar sein, dass der Beamte nicht zur Waffe griff, um sich zu verteidigen“. Mehrere von den etwa 60 Gästen beobachteten, wie Schlichting mit einem Stuhl nach dem Beamten schlug. „Ob er den Kopf traf, sah ich nicht“ berichtete eine Frau.

■ **Polizeibeamten brutal verprügelt** ■

In einem über einstündigem Plädoyer wiederholte Rieger, das fast alle Zeugen „bewusst gelogen“ hätten. Der Hamburger Anwalt glaubte gar, dass die Polizei bei den Ermittlungen die Aussagen des Aussteigers „bewusst beeinflusst“ hätten. Alleine Peter Borchert wäre zu glauben. Der norddeutsche Neonaziführer hatte bezeugt, den „Angeklagten auf Stühlen schlafen zu sehen“. Dies hatte der Beschuldigte auch selbst zu der zweiten Anschuldigung ausgesagt: „Ich habe geschlafen und war betrunken“. Rieger forderte, seinen Mandanten freizusprechen. Dem erwiderte Staatsanwalt Carsten Ohlrogge mit der Frage, „Warum hat sich Herr Borchert denn dann nicht früher bei der Polizei gemeldet?“. Schließlich saß sein Kamerad als Hauptverdächtiger über sieben Monate in Untersuchungshaft.

In der Begründung folgte das Gericht dem Staatsanwalt und dem Nebenkläger, blieb aber mit dem Strafmaß wegen gemeinschaftlich begangener gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen unter den Forderungen. Wegen mangelnder Reue und der großen Brutalität hatten Ohlrogge und Heer eine höhere Haftstrafe verlangt. Der Staatsanwalt gab bekannt, dass noch über 40 Verfahren wegen der Geschehnisse im Raum Hamburg anhängig seien. Allerdings: „Herr Schlichting galt als Hauptverdächtiger“.

Andreas Speit

Aktivitäten

Lob der Waffen-SS

Die Wehrmachtausstellung ruft die extreme Rechte wieder auf die Straße. Eine Demonstration an einem geschichtsträchtigen Ort wurde jetzt verboten.

Wo die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht – Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944“ Station macht, wollen Neonazis auf die Straße gehen. So auch in und um Bielefeld, der zweiten Station der Ausstellung, die in Neonazikreisen unter dem Namen „Anti-Wehrmachtsschau“ firmiert. Ende Januar kommt die Dokumentation in die ostwestfälische Stadt. Und schon für den ersten Samstag im Januar hatte eine „Initiative der weißen Art“ eine Demonstration angemeldet. Nicht in Bielefeld, sondern 60 Kilometer entfernt: im nahe Paderborn gelegenen Wewelsburg.

Damit hatten sich die Demo-Organisatoren einen geschichtsträchtigen Ort ausgesucht. Dominiert wird das Dorf von der Wewelsburg, die dem Ort seinen Namen gab. Deutschlands einzige Dreiecksburg hat in ihrer jahrhundertelangen Geschichte einen tiefbraunen Abschnitt, der nachwirkt. 1934 hatte die NSDAP die Burg auf 100 Jahre für den symbolischen Preis von 1 Reichsmark im Jahr gemietet. Heinrich Himmler ließ dort die Reichsführerschule der SS entstehen. „Wissenschaftliches“ und „kultisches“ Zentrum der SS sollte die Burg werden, gleichzeitig Repräsentationszentrale. Geplant war auch eine SS-Siedlung mit Flugplatz und Autobahnanschluss. Die gigantischen Planungen für die Ordensburg und ihre Umgebung kamen aber nicht mehr zum Tragen – „wegen des unglücklichen Kriegsausgangs“, wie ein A. Lambardt 1995 in der von dem Altnazi Otto-Ernst Remer gegründeten Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ schrieb. Nach den amtlichen Sterbeurkunden ließen 1285 KZ-Insassen an der Wewelsburg ihr Leben, ermordet, misshandelt, „vernichtet durch Arbeit“. 1939 hatten die Nazis dort ein Außenkommando des KZ Sachsenhausen eingerichtet. Ab 1941 war das KZ selbstständig und mit bis zu 1600 Häftlingen belegt, zunächst Zeugen Jehovas, später auch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, „Politische“ und so genannte Kriminelle.

Erhalten geblieben sind bis heute die Gruft und der SS-Obergruppenführersaal im Nordturm der Burg.

Sein Boden zeigt das Emblem der „schwarzen Sonne“, eine Art zwölfspeichiges Hakenkreuz, das in den Marmorboden eingelassen ist. Nicht zuletzt wegen dieser beiden Räume ist die Wewelsburg noch mit sechs Jahrzehnten Abstand ein Anziehungspunkt für SS-Veteranen und junge Neonazis – auch wenn auf der Burg heute eine nach Ansicht von Neonazis „antideutsche“ Ausstellung die Jahre der SS-Herrschaft dokumentiert. Manchmal kommen sie still und leise, manchmal tun sie es aber auch ihrer Mitwelt kund. Bei der Minden-Lübbecker NPD zum Beispiel ist nachzulesen: „Am 20.10.01. starteten Teile des NPD KV Spreewald sowie Kameraden aus dem Kreis Cottbus in Richtung Wewelsburg, um sich vor Ort unter der Leitung eines kundigen Zeitzeugen über die Geschichte der Wewelsburg zu informieren. Mit vor Ort waren Teile des NPD KV Minden-Lübbecke und freie Nationalisten aus Minden.“ Der Besuch auf der Ordensburg der SS nahm die Autoren so sehr mit, dass sie in den militärischen Jargon verfielen: „Nach dem Besuch der Wewelsburg wurde zum Hermannsdenkmal bei Detmold verlegt.“

■ Nachwuchs ködern mit „doitschen Rezepten“ ■

Noch immer beschäftigen sich auch Publikationen der Szene mit der Burg, ihren erhalten gebliebenen Räumen und ihrer Symbolik. Das Sonnenrad zum Beispiel „ziert“ das Titelblatt der neunten Ausgabe des „Zentralorgans“ (Frühjahr 2000), und im Heftinneren wird die Wewelsburg als Beispiel einer „weltanschaulichen Aufrüstung“ beschrieben. Uhren mit dem Symbol der schwarzen Sonne schmücken so manchen Arm von Neonazis oder Nazi-Esoterikern. Der Patria-Versand bietet T-Shirts, Pullover und Hemden an, vorne mit dem Aufdruck „Wewelsburg“ hinten mit Abbildungen der Burg und der schwarzen Sonne. Passend dazu gibt's Buch und Videocassette „Heinrich Himmlers Burg“ oder die schwarze Sonne als Schmuckstück.

Diesen Ort hatten sich die Rechtsextremisten, die unter dem Namen Initiative der weißen Art (IDWA) firmieren, als Ziel ihres Auflaufs ausgewählt. Hinter der IDWA verbirgt sich Marc vom Ort, der in Ennepetal lebt und dort gemeinsam mit Roland Guziowski eine zum nordrhein-westfälischen Neonazispektrum gehörende Kameradschaft aufgebaut hat. Unter der Bezeichnung IDWA verantwortet vom Ort auch eine Internetseite. Auf seinen Namen angemeldet ist auch eine Homepage des „Donner-

tex“-Versandes, bei dem sich die Szene mit „T-Hemden“, militärischen Kopfbedeckungen und Stiefeln eindecken kann. Dritte Internetseite aus dem Umkreis von vom Ort ist die der IDWM, der „Initiative der weißen Maedels“, die auf ihrer Homepage auch „doitsche Rezepte“ verspricht.

Statt mit „doitschen Rezepten“ Nachwuchs zu ködern sprachen die Veranstalter schon bei der Anmeldung ihrer Demonstration in Wewelsburg Klarheit: „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ sollte das Motto sein. Ein Motto, das geradezu nach einem Verbot verlangte – was auch in der Szene selbst offenbar so gesehen wurde. Auf der „Stoertebeker“-Internetseite hieß es: „Dass eine Demonstration unter dem Motto ‚Ruhm und Ehre der Waffen-SS‘ ausgerechnet auf dem Gelände der Wewelsburg verboten wird, war eigentlich vorhersehbar.“ Die Verbindung zwischen dem Motto und dem Veranstaltungsort stelle „eine derart eindeutige Verbindung dar, dass selbst der duldsamste Richter in der Bundesrepublik darin eine Verherrlichung des Nationalsozialismus sehen dürfte“.

Kurz vor Weihnachten kam denn auch, was kommen musste: Die Bielefelder Polizei erließ ein Verbot der Veranstaltung – das am Abend vor dem geplanten Aufzug dann vom Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde. Ebenso wie die Demonstration wurde ein für den späteren Nachmittag beziehungsweise Abend in der Nähe der Burg geplantes Konzert mit drei Bands untersagt. Und dem Demo-Anmelder brachte das Motto des Auflaufs eigenen Angaben zufolge ein Ermittlungsverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ein.

Ein Veranstaltungsverbot – wie in diesem Fall – durchzusetzen könnte bei zwei anderen angekündigten Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung schwer fallen. Beide Veranstalter vermeiden den direkten Bezug auf die Waffen-SS. Die nordrhein-westfälische NPD will am 2. Februar unter dem Motto „Unsere Väter waren keine Verbrecher“ durch die Straßen Bielefelds ziehen. Vorgesehen war ursprünglich der 26. Januar. Wahrscheinlich um ein Verbot dieser am Tag vor dem Holocaust-Gedenktag geplanten Veranstaltung zu vermeiden, entschied man sich für eine Verlegung. Und der Hamburger Neonazi Christian Worch hat für den 2. März eine Demonstration durch die City angemeldet. Sein Motto: „Die Soldaten der Wehrmacht waren Helden, keine Verbrecher!“

Tomas Sager

Hintergrund

Das „Bauernopfer“

Der Neonazi Steffen Hupka hat seinen Rauswurf aus der NPD provoziert.

Steffen Hupkas Absturz in der NPD erwies sich als genauso rasant wie sein Aufstieg. Kurz vor Weihnachten 2001 wurde er vom Bundesschiedsgericht seiner Partei ausgeschlossen. Damit wurde die Entscheidung des Landesschiedsgerichts Sachsen-Anhalt bestätigt. Als Landesvorsitzender war er dort bereits zuvor entfernt worden. Heute vermeldet die NPD stolz, inzwischen sei der zehnte Kreisverband in dem Bundesland gegründet worden. Zu Hupkas Zeiten habe lediglich ein funktionsfähiger Kreisverband existiert. Zwischen 1998 und 2000 hatte sich Hupka im Parteivorstand der NPD gar als – wenig erfolgreicher – Schulungsreferent bewähren dürfen. Heute wird er von der Fraktion um den Parteivorsitzenden Udo Voigt schlicht als Feind betrachtet, da er als Sprecher der innerparteilichen Opposition Revolutionäre Plattform kräftig dazu beigetragen hat, die Verbotsargumente der Bundesregierung gegen die NPD zu belegen.

Hupka hatte in den frühen achtziger Jahren seine Karriere in der NPD und bei den Jungen Nationaldemokraten (JN) in Hannover begonnen. Gleichzeitig aber war er für die Kühnen-treue ANS/NA in der niedersächsischen Landeshauptstadt als Kassenwart tätig. Nach der Haftentlassung Michael Kühnens war die Gruppe in Hannover eine der ersten außerhalb Hamburgs und zählte zu den aktivsten „Kameradschaften“. Zu jener Zeit suchte Hupka über eine Kleinanzeige in „Nation Europa“ einen Ausbildungsplatz als Tischler. Heute ist der ehemalige Architekturstudent Inhaber des Kleinbetriebes Feba – Fenster und Türen im Altbau.

Hupka trat 1985 zur Nationalistischen Front (NF) über, die damals wesentlich aus aktivistischen bisherigen Kadern der NPD/JN entstanden war und nur eines von vielen Auflösungs-symptomen der damaligen überalterten NPD darstellte. Anfang 1986 jedenfalls verteilte Hupka, damals Anmeldender eines Infostandes der Initiative „Freiheit für Rudolf Hess“, in der Innenstadt von Hannover das Grundsatzzprogramm der NF. Dort gehörte er zum inneren Führungskern der Gruppierung, der Eigentümergemeinschaft des NF-Zentrums in Detmold-Piwittsheide. Seit Beginn 1989 war Hupka zudem

Schriftleiter des NF-Rundbriefes „Aufbruch“. Zusätzlich zu seiner Funktion als Bereichsleiter Nord der NF wurde er 1991 noch kommissarischer Bereichsleiter Ost und im Jahr darauf Leiter der „Ostland-Initiative“ seiner Organisation, die Ende 1992 verboten wurde. Seine persönliche „Ostland-Initiative“ startete Hupka 1993 mit seinem Umzug in den Ostharz nach Quedlinburg, wo er umgehend die Organisierung der bisher losen Strukturen der Neonazis vorantrieb und das Gebiet zu einem Schwerpunkt der extremen Rechten machte. Die weltanschauliche Schulung der noch wenig geprägten Kader versuchte er mittels seiner inzwischen eingestellten Zeitschrift „Umbruch“ voranzutreiben. Seit 1995 agierte Hupka außerdem als Korrespondent für die „Berlin-Brandenburger“ Zeitung, die eine wichtige Funktion für die sich anbahnende Zusammenarbeit zwischen den Kadern der verbotenen neonazistischen Kleingruppen und der sich radikalisierenden NPD hatte.

■ Die Partei als „Gartenlaube“ ■

Spätestens seit 1995 wurde Hupka erneut für seine frühere Partei NPD aktiv. Am 24. Juni redete er auf einer von ihm selbst organisierten Sonnenwendfeier unabhängiger Kameradschaften und der JN auf Burg Hohnstein in Neustadt/Thüringen, seit Herbst 1995 gehörte er der Redaktion des JN-Organes „Einheit und Kampf“ an. Gleichzeitig wurde gegen ihn wegen Verdachts der Weiterführung der NF und Aufbau einer Wehrwolfstruktur ermittelt. Der Karriere in der NPD schadete dies nicht. Dort freute man sich über bekannte Kader, die möglicherweise weitere Personen aus dem radikalen Milieu nachziehen könnten. Fast folgerichtig wurde er beim Bundeskongress der JN 1996 in deren Vorstand aufgenommen und war dort für die Bereiche Schulung, Strategie und Programm zuständig. 1997 schließlich wurde er NPD-Landesbeauftragter für Sachsen-Anhalt, wo die Parteistrukturen fast völlig brachlagen. Aus Sicht des NPD-Vorstandes mochte für Hupka zudem sprechen, dass er aktiv gegen Tendenzen vorging, die NPD lediglich als Werkzeug für die Fortführung speziell der verbotenen FAP zu gebrauchen. So geht es wesentlich auf ihn zurück, dass die ehemaligen FAP-Kader Markus Privenau und Tanja Bayen wieder aus den JN gedrängt wurden. Die Rivalitäten zwischen NF und FAP fanden hier ihre bruchlose Fortsetzung.

Spätestens im Herbst 2000 wurde jedoch ein Karriereknick unübersehbar. Hupka wurde nicht erneut

in den Bundesvorstand gewählt. Zwar hatte er nur wenig in seinem Arbeitsbereich als Schulungsverantwortlicher geleistet, doch dürfte sich negativ für ihn ausgewirkt haben, dass seine Zusammenarbeit mit den Freien Nationalisten um Christian Worch inzwischen nicht mehr kontrollierbar war.

Im Oktober 2000 stellte der Parteivorstand einen Ausschlussantrag gegen Hupka, der jetzt endgültig entschieden wurde. Zur gleichen Zeit trat Hupka als Sprecher der so genannten Revolutionären Plattform auf, die sich als Sammlung aller oppositionellen Strömungen gegen den Parteivorsitzenden Udo Voigt versteht. In der Tat war es dort neben Jürgen Gerg vor allem Hupka, der die Auseinandersetzung ständig verschärfte und alle Kompromissvorschläge des Vorstandes zum Scheitern brachte. Zum 1. September 2001 trat er beispielsweise als Anmelder einer zentralen Demonstration der Freien Nationalisten in Leipzig auf, wohl wissend, dass er damit in direkte Konkurrenz zu Aufmärschen trat, die die NPD-Führung für Weimar und Greifswald geplant hatte.

Dem Parteivorstand ist der Kragen geplatzt. Hupka hat seinen Rauswurf selbst provoziert. Dies unterstreicht nicht zuletzt seine Erklärung in der Verhandlung, er würde die Satzung der NPD übergehen, wenn dies aus seiner Sicht erforderlich sei. In einer Pressemitteilung erläuterte die NPD: „Als Führungskraft hat er in besonderer Weise die innere Ordnung der Partei mit zu gewährleisten. Diese Aufgabe ist eindeutig von ihm missachtet worden.“ Interessant ist es in diesem Zusammenhang, dass dem Vorsitzenden des Bundesschiedsgerichts Wolfram Narath, ehemals Bundesführer der verbotenen Wiking-Jugend, das Verfahren wegen Befangenheit und Verzögerung entzogen worden war. Hupka erklärte in einer Stellungnahme zu seinem Ausschluss: „Das bürokratisch-formalistische Denken und eine zutiefst bürgerliche Angst, die ‘Gartenlaube’ NPD zu verlieren oder zu gefährden, bestimmen die Haltung dieses Gerichts und des Parteivorstands der NPD. Das, was sie tun, ist mit dem wirklichen Kampf um Deutschland nur noch in Bruchstücken identisch.“ Die neonazistische Homepage „Stoertebeker“ sieht in Hupkas Ausschluss ein Zeichen dafür, dass die NPD „den politischen Ausflug in die nationalrevolutionäre Szenerie für beendet hält und sich langsam aber sicher wieder in bürgerliche Regionen abzusetzen gedenkt.“ Der Rauswurf Hupkas sei ein „Bauernopfer“, das die Regierung aber wohl nicht honorieren werde. Das ist zu hoffen.

Volkmar Wölk

Hintergrund**Unpolitischer Rowdy?****Neonazi wird von der Justiz gehätschelt**

Lars Hildebrandt hat es wieder einmal geschafft und die Justiz genarrt. Besonders schwer gemacht hat sie es ihm freilich nicht. Seinen pro forma bekundeten „Willen zur Umkehr“ belohnte das Landgericht in Stade jetzt mit dem Erlass von zwei der 26 Monate Haft, die der prominenteste Neonazi der Elbe/Weser-Region derzeit absitzt.

Die Justiz hat es immer schon gut gemeint mit dem 1977 geborenen Bürgermeistersohn aus Bremerförde. Als 14-Jähriger hatte er seinen ersten Kontakt mit der Staatsanwaltschaft – „von der Verfolgung wurde abgesehen“. Ebenso, als er 1996 gegen das Waffengesetz verstieß. Im selben Jahr lieferte Hildebrandt sein Gesellenstück ab: Er leitete den Angriff auf einen Treffpunkt „linker Zecken“ in Gnarrenburg. In den vier Jahren, die vergingen, bis er dafür ein rechtskräftiges Urteil erhielt (15 Monate auf Bewährung), trug er einiges mehr in sein Kerbholz ein. So initiierte Hildebrandt in diversen Dörfern der Region rechte Jugendgruppen. Im Anschluss an eine von ihm veranstaltete Party zogen die Gäste randalierend durch Zeven und stürmten schließlich sogar die Polizeiwache. Hildebrandt selbst hielt sich im Hintergrund, und weil die Staatsanwaltschaft den Vorfall als spontanes Geschehen einschätzte, kam er ungeschoren davon. Während er Kennern der Szene als „geistiger Anführer“ galt, erklärten die Anklagebeamten ihn zu einem unpolitischen „Rabauken“.

In Kutenholz verbreitete eine von Hildebrandt betreute Skinhead-Gang, die „Bomber“, über ein Jahr lang Angst und Schrecken. Im Mai 1999 überfielen acht Vermummte eine Asylbewerberunterkunft im Ortsteil Aspe; die Bewohner retteten sich durch einen beherzten Sprung aus dem Fenster. Im Prozess gaben sich die fünf Angeklagten als politisch indifferent, die sich in einer Bierlaune zu dem Überfall entschlossen haben wollen. Hildebrandt gerierte sich als Aussteiger, der sich inzwischen von seinen rechten Freunden abgekehrt habe.

Lars Hildebrandt und drei weitere Angeklagte waren NPD-Mitglieder. Das und die Vorgeschichte der „Kutenholzer Bomber“ hätte genügen können, um an der Spontan-Version zu zweifeln. Doch die

Staatsanwaltschaft nahm keine Kenntnis davon. Während die anderen mit Bewährungsstrafen davon kamen, erhielt Hildebrandt als Rädelsführer 18 Monate Haft (vgl. BNR 13/00).

Zehn Tage nach der Verhandlung wurde er selbst Opfer und in einem Jugendzentrum niedergeschlagen. Als es deswegen im März 2001 zum Prozess kam, behauptete Hildebrandt, sich an nichts erinnern zu können. Die Justiz glaubte, dass der Neonazi wegen seiner Gesinnung geschlagen worden war. Tatsächlich handelte es sich um eine Abreibung seiner Genossen, weil er sich im Kutenholz-Prozess von ihnen abgewendet hatte.

Noch im März 2001 trat Hildebrandt erneut als Angeklagter auf. Im Februar 2000 war ein 28-jähriger Türke durch eine Kontaktanzeige im Internet zu einer Skinhead-Party in Neuenkirchen gelockt worden. Am Ende hatte der Mann ein gebrochenes Nasenbein und konnte knapp entkommen. Obwohl sie viermal Anklage erhob, untersuchte die Staatsanwaltschaft eine Verabredung zu der Tat nicht. Das Urteil für Hildebrandt: Zehn Monate Haft (vgl. BNR 7/01). Hildebrandt hatte dem Richter weismachen wollen, er habe dem Mann geraten, von der Party zu verschwinden, und ihm, „um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen“, eine Ohrfeige gegeben. „Deplatziert kam der Türke mir dort vor“, wiederholte er jetzt, als es um seine Berufung gegen das Strafmaß ging. Er habe auch nie einer Skinhead-Gruppe angehört, behauptete Hildebrandt. Und kam damit durch, denn von den „Kutenholzer Bombern“ und der NPD-Mitgliedschaft erzählte die Staatsanwaltschaft nichts, und der Richter liest offenbar keine Zeitung.

Dass er Neonazi geworden sei, beruhe auf seinen Erfahrungen mit Ausländern, erläuterte Hildebrandt. Seine ausländischen Mitschüler „taten sich schwer, meine politischen Ansichten zu akzeptieren“. Keine Rede war von den Briefen mit antisemitischen und rassistischen Tönen, die Hildebrandt aus der Haft heraus schrieb, nachdem er schon einmal versucht hatte, durch einen vermeintlichen Gesinnungswandel eine mildere Strafe zu erzielen.

Es dürfte der Justiz schwer fallen zu begründen, warum jemand, den sie als unpolitischen Rowdy behandelte, dadurch, dass er sich von seinen Ansichten lossagt, einen Straferlass erhält. Auch fragte sie nicht, was mit dem Hakenkreuz werden soll, das Hildebrandt auf dem Rücken tätowiert hat.

Uwe Ruprecht

Hintergrund

Schlechte Geschäfte

Produzent von indizierten braunen CDs zu Freiheitsstrafe verurteilt.

Schließlich sei es zu keinen demonstrativen Handlungen während der Verhandlung oder vor dem Gerichtsgebäude gekommen. Dies zeige doch, meinte im Plädoyer der Verteidiger, dass Mirko Hesse nicht dort einzuordnen sei, wo es die Staatsanwaltschaft versucht habe. Möglicherweise sei sein Mandant kein unbeschriebenes Blatt „in der so genannten rechtsextremen Szene ... so der Begriff rechtsextrem überhaupt angebracht“ sei, führte er an. Obwohl im Gegensatz dazu der Vorsitzende Richter Mirko Hesse nicht als „kleines Licht“ ansah, wollte auch er kein Urteil aus „generalpräventiven Gründen“ mit abschreckender Wirkung auf die einschlägige Szene verhängen. Und immerhin könne man bei einem 26-Jährigen hoffen, dass er sich noch besänne. Für diese Illusion hatte der Richter am ersten Verhandlungstag gesorgt, als er die Staatsanwaltschaft darauf hinwies, dass deren Ausführungen zur über zehnjährigen Karriere des Beschuldigten verfrüht seien. Von Hesses Mitgliedschaft bis zu deren Verbot 1992 in der Nationalen Offensive, der einjährigen Mitgliedschaft in der DVU, seinen Umtrieben bei den Hammerskins, für die er Rechnungen beglich, oder auch das von ihm zu verantwortende Fanzine „Hass Attacke“ war im Prozess nicht mehr die Rede.

Am 11. Juli 2001 standen am frühen Morgen mehr als zehn Beamte des Landeskriminalamts Sachsen sowie aus Berlin vor einem Einfamilienhaus im sächsischen Langburkersdorf. Im Haus seiner Eltern hatte Mirko Hesse eine Etage für seine im September 1997 gegründete Firma H.A. Records (i.e. High Age, Hass Attacke, Hitler Adolf) mit angeschlossenen Privaträumen. Als den Beamten nicht geöffnet wurde, stürmten sie das Gebäude. Hesse, dessen E-Mail-Adresse auf den Namen des Hitler-Leibwächters Julius Schreck lautete und der sich auch gern „der Schreckliche“ nennen lässt, meinte aus vorangegangenen Durchsuchungen das Resultat zu kennen. „Mir kann sowieso nichts passieren“, sagte er. Neben insgesamt knapp 10 000 CDs, Laptop, zwei Computern, einem Kopierer und der Buchhaltung, fanden die Beamten noch eine Präzisionsschleuder mit Stütze, einen Schlagring mit Adler und Hakenkreuz, ein Imitat eines Ma-

schinengewehrs sowie eine halbautomatische Selbstladepistole – schussfähig mit sieben Patronen im Magazin. Dazu kamen mehrere hundert Patronen verschiedenen Kalibers.

Anlass der Durchsuchung war aber der Verdacht auf Volksverhetzung, da Hesse für Produktion und Vertrieb der „Landser“-CD „Ran an den Feind“ sowie die „D.S.T.“-Platte „Deutsches Volk erwache“ verantwortlich gemacht wurde. Die „Landser“-Master-CD habe er Mitte September 2000 in Berlin erhalten, wobei Hesse dem Gericht wiederholt wahrheitswidrig erklärte, vom Inhalt nichts gewusst zu haben. Zu diesem Zeitpunkt waren seit mehreren Wochen Cover, Booklett, Rückseite und sämtliche Texte auf seinem Computer gespeichert und Hesse erstellte auch den Aufdruck für die CD-Spindel. Die Gruppe „Landser“ hatte nach ihrer Verhaftung Hesse stark belastet: Er hätte den Auftrag von ihrem Mann in Chemnitz, Jan Werner, einem Ex-Blood&Honour-Skin, bekommen. Diese Version wird von einer Aussage eines LKA-Mitarbeiters im Hesse-Prozess gestützt. Der Inhaftierte stritt dies vor dem Haftrichter ab und erklärte, dass „die Leute aus Berlin“ auf ihn zugekommen seien. Auch die Behauptung Hesses, er kenne „Landser“ gar nicht oder nur von der Musik her, ist eine Lüge. So war der Drummer Christian Wenndorf als „Christian Landser“ in seinem Telefon abgespeichert.

■ Gericht will keinen Märtyrer machen ■

Mirko Hesse sollte für das Pressen von 5000 CDs sorgen. Über eine Firma in Baden-Württemberg lief die Herstellung in Dänemark. Hesse, der sowohl den Antrag an die GEMA (unter dem Titel „Light out“) als auch den Auftrag an die CD-Firma mit dem Firmennamen High Age Records und der Unterschrift seines Freundes Torsten Lietze versah, erhielt die erste Lieferung am 16. Oktober. Den Namen Lietze habe er, so erklärte er später dem Haftrichter, mit dessen Einverständnis benutzt, „um mich selbst zu schützen.“ Heute habe er „Angst vor den ganzen Leuten, vor der Band und allen.“

Für einen Interessenten aus Kalifornien hatte Hesse bereits im August – wieder unter den Namen High Age Records und Torsten Lietze – 3000 Exemplare der Scheibe „Deutsches Volk erwache“ von „D.S.T.“ (Deutsch, Stolz, Treu), indiziert am 31. Juli 2001, pressen lassen. Ähnlich konspirativ wie bei „Landser“ wurden untereinander Barzah-

lung vereinbart sowie CDs, Cover und Booklets getrennt versandt. Die Begeisterung für „Ran an den Feind“ veranlasste den Freund aus den USA, Don, Hesse anzurufen, der für ihn weitere 2000 Stück anfertigen ließ – ohne dies mit „Landser“ abzusprechen.

Ende März 2001, eine Woche vor Indizierung von „Ran an den Feind“, gab Hesse unter einem neuen Namen die dritte Marge in Auftrag. Der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof hatte in Sachen Landser in Dänemark um Unterstützung gebeten, wo dann die Master-CD beschlagnahmt wurde. Die Wiederherstellung von Strichcodes führte die Ermittler unter anderem nach Baden-Württemberg und von dort zu Torsten Lietze als Auftraggeber. Bei dessen Telefonüberwachung stellte man dann fest, dass der Apparat dauerhaft von einem alten Bekannten genutzt wurde. „Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre“, so ein Zeuge, erkannte man die Stimme: Mirko Hesse.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde die Klage bezüglich der Maschinenpistole, der Präzisions Schleuder sowie dem Besitz der Patronen nach Paragraf 154 „wegen relativer Bedeutungslosigkeit vorläufig eingestellt“. Für die gefundene Pistole und den Schlagring forderte sie Freiheitsstrafe. Hesse wurde eine „gefestigte neonazistische Haltung“ bescheinigt. Verwiesen wurde unter anderem auf eines der vielen aufgefundenen Fotos, auf dem er selbst „in der Küche vor einer Fahne mit Hakenkreuz entgegenstrahlt.“ Als strafverschärfend bewertete die Anklagebehörde den Inhalt der D.S.T.-Produktion und deren Herstellung auf eigene Initiative. Eine Gesamtstrafe von drei Jahren und acht Monaten sowie ein Berufsverbot für sein Gewerbe für vier Jahre sei als Strafe angemessen.

Das Gericht sprach Hesse am 21. Dezember für schuldig in drei Fällen: Volksverhetzung mit Propagandamitteln verbotener verfassungswidriger Organisationen mit Aufforderungen zu Straftaten sowie zwei Mal verbotener Waffenbesitz. Als erwiesen sah es das Gericht an, dass er falsche Aussagen gemacht habe und „ein relativ naher Kontakt zur Gruppe Landser bestanden haben muss.“ Die Rede war von krimineller Energie sowie Überzeugung und Gesinnung. Trotzdem wollte das Gericht das übliche Strafmaß von fast drei Jahren nicht festlegen, man wolle hier „keinen Märtyrer machen“. Mit dem Urteil von zwei Jahren habe der Erstverurteilte die Chance auf eine bedingte Entlassung mit Reststrafenaussetzung im Juli 2002. *Lukas Kilian*

Nachruf

Niemals verzweifeln

Zum Tode von Gerhart Riegner

Die Öffentlichkeit hat von ihm erst nach der Befreiung von der Nazi Herrschaft erfahren. Im Herbst 1942 schickte Riegner, der seit 1939 den Jüdischen Weltkongress (WJC) in Genf vertrat, ein Telegramm an Steven Wise in die WJC-Zentrale in New York: „erhielt alarmierenden bericht in führerhauptquartier sei plan diskutiert und erwogen dass in deutschbesetzten und kontrollierten ländern alle juden anzahl dreieinhalb bis vier millionen nach deportation und zusammenfassung im osten mit einem schlag ausgerottet und damit die jüdische frage in europa ein für allemal gelöst werden soll stopp... methoden einschließlich blausäure diskutiert stopp“. Die Informationen stammten von dem deutschen Industriellen Eduard Schulte. Er hatte sie in Oberschlesien erhalten und während einer Reise in die Schweiz einem Verbindungsmann anvertraut, der sie an den Vertreter der Jüdischen Presseagentur weitergab. Außer Wise unterrichtete Riegner auch Sidney Siverman, Mitglied des Unterhauses in London. Riegners Hoffnung, nun würden die Westalliierten die Welt informieren und Gegenmaßnahmen einleiten, erfüllte sich nicht. In beiden Ländern hielt man es für ausgeschlossen, dass eine angesehene, kultivierte europäische Nation Millionen Menschen wie Schädlinge hinhinrichten könne. Dennoch – im Laufe des Jahres 1942 wurden die Nachrichten über den Völkermord so dicht, dass auch die US-Regierung überzeugt werden konnte. Wise übergab seine und weitere Informationen sowie das Riegner-Telegramm am 24. November 1942 der Presse. Es folgte eine große Kundgebung in New York mit bekannten Rednern. Erst Ende 1944 billigte US-Präsident Franklin D. Roosevelt die Gründung einer Organisation, die sich um Verfolgte und Flüchtlinge kümmern sollte. Da war es für die meisten Juden längst zu spät.

Riegner, der 1911 in Berlin geborene und 1933 in die Schweiz emigrierte deutsche Jude, hat die Haltung der US-Regierung nie öffentlich kritisiert. Das Thema „Endlösung“ hat ihn bis zu seinem Tode am 10. Dezember 2001 nicht mehr losgelassen. Davon zeugt auch der Titel seiner Erinnerungen, die Mitte Oktober in Berlin vorgestellt wurden: „Niemals verzweifeln – Sechzig Jahre für das jüdische Volk und die Menschenrechte“. *Heiner Lichtenstein*

Grauzone

Übergelaufenes Fass

Lehrer verbreitet im Unterricht ausländerfeindliches Gedankengut – Eltern laufen Sturm dagegen.

Heiner Hofsummer, als Choleriker berüchtigtes ehemaliges Bundesvorstandsmitglied des Bund Freier Bürger, tobt wieder einmal. Wie so oft zuvor sind es die Medien und Personen „aus dem linken, grünen Spektrum“, die Vorwürfe „aus der Luft gegriffen“ hätten. Er selbst werde Strafantrag gegen die „Verleumder“ stellen. In die Kritik geraten ist Hofsummer zum wiederholten Mal in seiner beruflichen Tätigkeit als Schulleiter im ostthüringischen Hünfeld wegen Äußerungen im Unterricht, die Eltern zu der Aussage veranlassen: „Dieser Lehrer darf nicht mehr auf Kinder losgelassen werden, nicht auf unsere und nicht auf andere.“ Im Englisch-Unterricht, so einer der Vorwürfe, hätten die Kinder im Chor nachsprechen müssen: „In Germany there are too many immigrants.“ („In Deutschland gibt es zu viele Einwanderer.“) Ein Satz, der sich durchaus an in der Vergangenheit von Hofsummer geäußerte Positionen anschließt.

Hofsummer war unter der letzten hessischen Landesregierung bereits einmal Schulamtsdirektor gewesen und in dieser Funktion massiver Kritik durch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ausgesetzt gewesen. Seit 1995 ist er Leiter der Jahn-Schule in Hünfeld. Seine Parteikarriere hatte Hofsummer, der dem Stahlhelmflügel seiner Partei zuzuordnen ist, 1972 begonnen. Zeitweilig war er stellvertretender Landesvorsitzender des RCDS, später Landtagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender der CDU im Kreistag. Noch zu Beginn seiner politischen Aktivitäten zeichnete er verantwortlich für Veröffentlichungen, über die der Journalist Timo Schadt urteilt, darin seien Thesen verbreitet worden, „wie sie heute in der Klarheit der Aussagen nicht mal mehr von der NPD oder der 'National-Zeitung' getroffen werden.“ Umgekehrt verlautbarte Hofsummer, er werde nicht einer Zeitschrift ein Interview geben, in der „die Mistsau von Schadt mitarbeitet“.

Auch wenn gelegentlich in CDU-Kreisen über seine immer wieder Proteste hervorruhenden Äußerungen gemurrt wurde, so schadeten sie ihm doch keineswegs. Als Beförderung muss er es verstan-

den haben, dass er von 1991 bis 1993 als persönlicher Berater des thüringischen Kultusministers abgeordnet wurde. Hofsummer war weiterhin auch in Kreisen rechts der CDU aktiv und wurde endlich abgestraft. 1995 wurde er nicht erneut als Landtagskandidat nominiert. Wieder einmal mit Zornesadern kommentierte er: „Wegen der dämlichen Quotierung hat man mir damals eine Frau vor die Nase gesetzt. Das war, als hätte man den Pfarrer gegen eine Konfirmandin ausgetauscht.“ Im Dezember 1997 trat er nach 25-jähriger Zugehörigkeit aus der CDU aus. Diese sei „vom Virus des Progressivgehabes angesteckt“ und zum „Gefälligkeitsapostel des Zeitgeistes“ geworden. Unmittelbar danach begann seine Karriere im Bund Freier Bürger, den er im Mai 1999, nach dem unübersehbaren Scheitern, verließ. Seitdem engagiert er sich in einem Kreis um den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Wilfried Böhm, der sich als Kern einer künftigen bundesweiten CSU versteht.

■ Schüler „schwarzen Affen“ genannt ■

Die heute von Eltern gegenüber Hofsummer erhobenen Vorwürfe sind zumindest glaubhaft. Bereits zu Zeiten der Gründung des BFB hatte er kategorisch erklärt: „Ich bin gegen eine multikulturelle Gesellschaft.“ 1999, auf einer Wahlkampfveranstaltung in Bebra, verkündete er: „Wenn sich hier jemand nicht einfügen will, da gibt es nur ein Mittel: „Gebetsteppich unter den Arm und raus!“ Das ist fast deckungsgleich mit der Behauptung von Eltern, Hofsummer solle Ende Oktober vergangenen Jahres im Unterricht gesagt haben: „Alle Moslems sollten ihren Teppich nehmen und heimgehen.“

Für zahlreiche Eltern ist das Fass jetzt übergelaufen. Sie mögen ihren Kindern einen solchen Lehrer nicht mehr zumuten. Ein Teil einer siebenten Klasse boykottiert den Schulunterricht und wird von den Eltern provisorisch unterrichtet. Die hessische Kultusministerin Wolff hat Hofsummer bis zur Klärung der Vorwürfe an das Schulamt in Fulda abkommandiert, eben an jene Behörde, die auch mit der Schulaufsicht über seine Hünfelder Jahn-Schule betraut ist. Hofsummer selbst hat sich umgehend krank gemeldet. Inzwischen sind weitere Vorwürfe laut geworden. So soll er einen dunkelhäutigen Schüler mit den Worten „Du schwarzer Affe“ titulierte haben. Von der angekündigten Verleumdungsklage Hofsummers gegen die ihn angreifenden Elternvertreter weiß die zuständige Staatsanwaltschaft übrigens nichts.

Jean Cremet

NS-Vergangenheit**Der Weg nach Indien****Wie Hitler Afghanistan erobern wollte**

In den ersten Jahrzehnten nach der NS-Herrschaft wurden jene zwölf Jahre hier zu Lande überall weitgehend verdrängt. Das änderte sich durch die 68er. Der grundlegende Wandel kam freilich erst mit der großen Rede Richard von Weizäckers am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag zum 40. Jahrestag der Befreiung. Kohl und Reagan 1985 in Bitburg – Proteste. 1986 der Historikerstreit um Ernst Nolte – der Professor versank in der Anonymität. 1989 – die Mahnmaldebatte beginnt und dauert zehn Jahre. 1994 der Film „Schindlers Liste“. 1996 Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“. Im selben Jahr bestimmt Roman Herzog den 27. Januar zum Holocaust-Gedenktag. 1997 die Wehrmachtsausstellung. 1998 die „Auschwitzkeule“ Martin Walsers – ein Bumerang für den Schriftsteller. Die Öffentlichkeit ist sensibel geworden, will immer mehr über die NS-Zeit erfahren, meint irgendwann, rundum informiert zu sein. Und nun – aus aktuellem Anlass – muss sie zur Kenntnis nehmen. Hitler wollte sogar Afghanistan erobern.

Einen ersten Hinweis darauf hat vor vielen Jahren der Bonner Zeithistoriker Professor Hans-Adolf Jacobsen gefunden – und zwar im Kriegstagebuch des Wehrmachtsführungsstabes vom 17. Februar 1941. Dort heißt es: „Der Führer wünscht die studienmäßige Bearbeitung eines Aufmarsches in Afghanistan gegen Indien im Anschluss an die Operation ‘Barbarossa‘“. „Barbarossa“ war der Code für den Überfall auf die UdSSR vom 22. Juni 1941. Hitler plante also, nach der Unterjochung der Sowjetunion die Wehrmacht über Afghanistan nach Indien marschieren zu lassen. Weitere Einzelheiten hat kürzlich der Stuttgarter Historiker Tobias Jersak in der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) enthüllt.

Dabei hatte Hitler ein Vorbild: Erich von Ludendorff, im Ersten Weltkrieg Chef der gesamten deutschen Kriegsführung zu Lande, wollte im Mai 1918, also sechs Monate vor der deutschen Kapitulation, deutsche Soldaten nach Afghanistan zu schicken, um von dort aus „England in Persien und Indien zu treffen.“ Der größtenwahnsinnige Ludendorff passte gut zum „größten Feldherrn aller Zeiten“, wie Hitler sich Anfang der 40er Jahre gern nennen ließ. Vor dem gefährlichsten seiner

Überfälle, eben dem auf die UdSSR, war er sich seiner Sache so sicher, dass er ferne Kontinente ins Visier nahm. Jersak weist nach, wie der Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch, mit seinem Chef des Generalstabes, General Franz Halder, die Okkupation Afghanistans vorbereitet und geplant hat. Auch ein Termin ist dokumentiert und stimmt mit dem vorausgegangenen Befehl Hitlers vom 17. Februar 1941 überein. Acht Tage danach, am 25. Februar, erörterten Brauchitsch und Halder Einzelheiten. Sie zeigen, wie vertraut die beiden Generäle sich in den zurückliegenden Tagen mit Afghanistan hatten machen lassen. „Die ungeheure Weite der Räume und Unzulänglichkeit der Eisenbahnverbindungen zwingen 1.) zur Schaffung einer Lufttransportflotte, mit der zwei Divisionen gleichzeitig befördert werden können 2.) zu Vorkehrungen, um mit Hilfe zugeführten Kraftwagen-Transportraumes Infanteriedivisionen verschieben zu können.“ Das Hauptquartier der Invasionstruppen sollte in einer Stadt entstehen, die während des jüngsten Krieges in Afghanistan häufig genannt worden ist: In Masar-i-Scharif. Hitlers Experten errechneten auch, wie viele Divisionen welcher Truppengattungen nötig seien, um Afghanistan als Ausgangsstaat für den Angriff auf die britische Kronkolonie Indien auszubauen: 200 000! Es handelte sich um Panzerverbände, Gebirgsjäger und Infanterie. Die dafür erforderliche Lufttransportflotte war nach der verlorenen „Luftschlacht gegen England“ illusionär. Auch die 200 000 Soldaten konnten nach dem unterstellten Sieg über die Sowjetunion nicht zur Verfügung stehen. Hitler wusste, wie hoch die Verluste unter seinen Soldaten in den Weiten der UdSSR sein würden. Auf die schwierige Topographie hatte Halder aufmerksam gemacht. „Große räumliche Ausdehnung des Kriegsschauplatzes, bei dem der Kampf im Wesentlichen entlang der Verbindungswege geführt wird.“

Nach den ersten „Blitzsiegen“ im Osten und den Erfolgen des „Afrikakorps“ unter General Erwin Rommel stieg der Expansionsdrang Hitlers und seiner Berater geradezu ins Groteske. Deutsche Soldaten sollten nach Syrien und an die iranisch-irakische Grenze vordringen. All diese Pläne mussten aber „vorerst“ zu den Akten gelegt werden, als das weltpolitisch erfahrene Großbritannien im Nahen Osten aktiv wurde. Das war im Sommer 1941. Jersak vermutet, dass die Pläne nach der Befreiung von den USA ins Pentagon gebracht worden sind. Andere Quellen befinden sich im Militärarchiv des Bundesarchivs in Freiburg. *Heiner Lichtenstein*

Demokratische Initiativen

Die zweite Chance

Ostdeutsche Perspektiven für die Zukunft

Als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in fünf Thesen das berühmt-berüchtigte „Der Osten steht auf der Kippe“ aussprach, trat er eine Lawine los. Keiner kommentierte die Thesen, man stritt nur über die Frage „Kippe oder nicht“. An Thierses Zahlen und Fakten ließ sich nicht rütteln, aber: Gehe es nicht weiter vorwärts im Osten, dramatisiere er nicht unnütz, fragten tatsächliche und selbst ernannte Ostexperten den Kritiker, zumal er den Zusammenhang zwischen Negativerscheinungen wie der Ausbreitung von Rechtsradikalismus unter ostdeutschen Jugendlichen und dem Nährboden dafür herstellte – soziale Instabilität, Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst.

Thierse ließ sich nicht auf leere Wortfechtereiein, beharrte aber entschieden auf seiner Analyse, deren Basis die reale wirtschaftliche und soziale Situation der neuen Länder ist. Mittlerweile hat er sie beträchtlich ausgebaut und ein Buch herausgegeben, das bereits Züge eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland trägt. Die Lage der ostdeutschen Jugend, die Jugendarbeitslosigkeit und Westwanderung werden in den Mittelpunkt gerückt. Der Bundestagspräsident zitiert Schlagzeilen wie: „Der Osten vergreist. Die Jugend wandert ab“, um zu fragen, ob man nicht versuchen müsse, die jungen Menschen „an das größte europäische Zukunftsprojekt, die EU-Osterweiterung, zu binden“. Er entwickelt kühne, aber realistische Visionen von gemeinsamen Vorhaben einschließlich zweisprachiger Bildungsangebote auf beiden Seiten der Grenze, zur Ausbildung kommunikativer und kultureller Fähigkeiten als Voraussetzung für grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation.

Es werde schwer sein, mentale Blockaden in Ostdeutschland gegen eine solche Regionalentwicklung zu überwinden. Die Öffnung der Grenze nach Osten habe paradoxerweise zu Ängsten, Abschottungstendenzen, überzogenem Konkurrenzverhalten und Fremdenfeindlichkeit geführt. Letzteres sei nicht nur verabscheuungswürdig, sondern könnte auch einen eklatanten Standortnachteil bedeuten. „Solange sich Ausländer auf ostdeutschen Straßen nicht sicher fühlen können, werden ausländische Unternehmen Ostdeutschland als logistische Basis für die

Marktexpansion nach Osteuropa – selbst bei guten infrastrukturellen Voraussetzungen – meiden.“

Thierse gab dem Buch optimistisch die „Zukunft Ost“ mit der Unterzeile „Perspektiven für Ostdeutschland in der Mitte Europas“ zur Überschrift. Er setzt sich mit der immer noch unbefriedigenden Lage auseinander, appelliert zu Illusionsverzicht und Kurskorrektur, weist aber vor allem gangbare Wege für die – wie er es nennt – zweite Phase des wirtschaftlichen Aufholprozesses nach fünf Jahren der Stagnation. Der Osten muss sich auf seine Stärken besinnen. „Wenn es den Ostdeutschen gelingt, ihre Vorteile zu nutzen und sich in die neue europäische Arbeitsteilung zu integrieren, dann kann Ostdeutschland gemeinsam mit den mittel- und osteuropäischen Ländern zu einer dynamischen Wachstumsregion in Europa werden.“ Mit der Osterweiterung rückt der Osten Deutschlands vom Rand ins Zentrum der EU. Bei der Einbeziehung Mittelosteuropas sind die Ostdeutschen besonders gefragt. Sie haben in Jahrzehnten der Nachbarschaft, durch Handel, wirtschaftliche Zusammenarbeit, gegenseitige Besuche, Urlaube und andere Kontakte eine Osteuropa-Kompetenz erworben, die persönliche Bekanntschaften, gemeinsame Erfahrungen und Sprachkenntnisse einschließt. Dieses teilweise in der Nachwendezeit „abgewickelte“ oder als scheinbar unnützer Ballast weggeworfene „Humankapital“ könne heute wertvoll werden.

Das setze allerdings die Überwindung von nationaler Überheblichkeit und Ausländerfeindlichkeit voraus, die ein alarmierendes Maß erreicht hätten. Solange sich fremdenfeindliche Einstellungsmuster hielten, versperrten sie Ostdeutschland die Teilhabe an den ökonomischen Segnungen der EU-Osterweiterung. Gehen aber die Ostdeutschen positiv – ohne Angst vor den Problemen einer Billiglohnkonkurrenz – an die Erweiterung heran, so könnten sie „vom Beitrittsgebiet zur europäischen Verbindungsregion“ werden, wie der Autor ein Kapitel nennt. Europa sei eine zweite Entwicklungschance. „Ostdeutschland muss seine Sprachlosigkeit gegenüber den mittelosteuropäischen Nachbarn überwinden. Wir brauchen mehr Kultur-, Jugend- und Sportaustausch, verstärkte Sprachausbildung, intensivere Kontakte auf allen Ebenen. Nur so werden fremdenfeindliche Einstellungen abgebaut und arrogante Haltungen in ihr Gegenteil verkehrt.“

Ralf Bachmann

Wolfgang Thierse, Zukunft Ost. Perspektiven für Ostdeutschland in der Mitte Europas, Berlin 2001 (Rowohlt), 160 Seiten.

Bücherschau**Zerstörungspotenzial**

Rechtsextremisten versuchen, Massenvernichtungsmittel herzustellen.

Dass Bücher über terroristische Gewalt zurzeit weggehen wie warme Semmeln, wird niemanden überraschen. Das in aktualisierter Taschenbuchauflage erschienene Werk des bekannten Historikers Walter Laquer mit dem Titel „Die globale Bedrohung – Neue Gefahren des Terrorismus“ wendet sich neben dem Islamismus anderen Facetten der Terror-Problematik zu.

Laquer gibt in Sachen Terrorismus keinerlei Entwarnung, im Gegenteil: „Das Ärgernis von gestern ist zu einer der größten Gefahren für die Menschheit geworden. Zum ersten Mal in der Geschichte liegt ein gewaltiges Zerstörungspotenzial in den Händen einiger weniger Personen.“ Um Vernichtung über viele Menschen zu bringen, bedürfe es vor dem Hintergrund der großen Fortschritte in Wissenschaft und Technologie keiner Täter-Massen mehr. Kleine Gruppen von Fanatikern oder sogar hinreichend motivierte beziehungsweise geistig verwirrte Einzelkämpfer reichten aus, und in dieser Hinsicht hat die rechtsextremistische Szene ebenfalls einiges zu bieten. Verschärfend hinzu kommt aus der Sicht des Autors eine steigende Skrupel- und Erbarmungslosigkeit sowie eine zunehmende Verschmelzung mit dem organisierten Verbrechen. Laquer konstatiert in „Die globale Bedrohung“ einen allgemeinen Trend vom politisch links motivierten zum rechten Terrorismus und sieht in den Vereinigten Staaten zahlreiche Belege für seine These. Die vor allem in Montana und in Michigan stark vertretenen Milizen üben fleißig den Krieg gegen die verhasste und „verjudete“ Zentralregierung in Washington und deren Repräsentanten vor Ort. Dabei sind sie auch biologischen Kampfstoffen durchaus zugetan. So wurden bereits 1994 bei Razzien große Giftvorräte entdeckt, darunter Beulenpestkulturen. Und ein Jahr später standen US-Rechtsextremisten vor Gericht, weil sie Bundesbeamte und Polizisten mit Hilfe des biologischen Kampfstoffes Rizin ermorden wollten. Kaum anzunehmen, dass das Interesse für diese Art der Todesproduktion seitdem erloschen sein wird.

In den USA wurden erst in jüngster Zeit mehr als 200 Abtreibungskliniken von der rechtsextremisti-

schen Gruppierung „Army of God“ mit Milzbrand-erregern bedroht.

Laquer beschreibt den großen Hass der Milizionäre und der geistig verwandten „Patrioten“ auf Juden, Demokraten und andere Feinde. Und er betont die Verankerung dieser gefährlichen Kräfte in der US-amerikanischen Gesellschaft. Walter Laquer wörtlich: „Es gibt ein erhebliches Potenzial an ‘zornigen Menschen’ in denjenigen Staaten, in denen die Milizen Anhänger gefunden haben, ein Reservoir für eine Protestbewegung, doch auch für terroristische Aktion. Die Trennungslinie zwischen vernünftigen, berechtigten Beschwerden und irrsinnigen Ideen und Forderungen ist verschwommen, und der Besucher mancher Waffengeschäfte wird neben Exemplaren der amerikanischen Verfassung und neben juristischen Handbüchern auch eine völlig andere Literatur finden.“ Mit Blick auf die Situation in Europa und speziell in Deutschland warnt der Terrorismus-Experte eindringlich davor, dass die Jugendarbeitslosigkeit und andere soziale Probleme zu noch stärkerer Verzweiflung und Aggression führen könnten – „und irgendwie ein Ventil finden“. Gleichzeitig werde man viel leichter Zugang zu Waffen einer anderen Kategorie als die der Molotow-Cocktails erhalten, betont der Autor.

Die terroristische Bedrohung manifestiert sich für den Verfasser nicht nur auf dem Gebiet der atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Auch der Cyberterrorismus, der Computersysteme angreift und ganze gesellschaftliche Bereiche lahm legen könnte, sei eine „potenzielle neue Strategie ... die genau so ernst genommen werden sollte wie andere Massenvernichtungsmittel“. Bekanntlich haben auch Rechtsextremisten längst die Möglichkeiten der Computertechnik und des Internets für sich und ihre Zwecke entdeckt.

Das beunruhigende Fazit von Walter Laquer: Es sei wahrscheinlicher, dass es Rechtsextremisten und keine Linken seien, die in Zukunft Massenvernichtungsmittel erwerben und einsetzen werden. Der Wissenschaftler räumt ein: „Diese These mag im Licht der historischen Erfahrung zweifelhaft erscheinen, doch in den letzten Jahren haben rechtsextreme Organisationen mehr Versuche als alle anderen Gruppen unternommen, tödliche Substanzen für die Waffenherstellung zu erlangen.“

Thomas Klaus

Walter Laquer, Die globale Bedrohung – Neue Gefahren des Terrorismus, Econ-Taschenbuchverlag München 2001, 8,95 Euro, ISBN 3-548-70089-6.

Ausland

„Bewaffneter Arm“

Die militante britische Neonazi-Organisation Combat 18 agitiert gegen das „ZOG-System“. Enge Verbindungen bestehen zur „Blood&Honour-Bewegung“.

Hakennase, abstehende Ohren, schwarzer Rauschbart und weitere antisemitische Stereotype lassen keinen Zweifel daran, wer hier abgebildet sein soll. Der Mann steht auf den Schultern einer weit aus größeren Person. Diese kann leicht als „Uncle Sam“ – Symbolfigur der USA – identifiziert werden, trägt sie doch Hose und Zylinder in den Farben des Sternenbanners und auch den typischen Spitzbart. „Uncle Sams“ Gesicht erscheint dumm-treu unter seiner mit Davidsternen versehenen Brille, deren Bügel wie Zügel in den Händen des kleineren, finster grinsenden „Juden“ liegen.

Diese Zeichnung veröffentlichte jüngst die britische Neonazi-Organisation Combat 18 (C18) und macht damit unmissverständlich klar, wer ihrer Meinung nach die eigentlich Verantwortlichen am 11. September waren: jüdische „internationale Finanziere“ und ihre „zionistischen Lakaien“. „Ihr Ziel ist das Etablieren einer nationenlosen Erde, ohne Rassen und Kulturen, bevölkert mit grauen Robotern, die keine Gefahr mehr für ihre illegal angehäuften Reichtümer und Privilegien darstellen.“ Folgerichtig erscheint deshalb unter dem Titel „Terrorismus: einige Fakten“ die Aufzählung vermeintlicher „Massaker begangen von Juden/Zionisten.“ C18 fügt noch hinzu, dass die Vereinigten Staaten erst zur Ruhe, das heißt zu einem Ende des Terrors kämen, wenn sie die „Juden“ vertreiben würden. Für die rechtsextreme Organisation ist also der gesteuerte Absturz dreier Flugzeuge auf die Twin Towers in New York und das Pentagon in Washington D.C. ein Befreiungsschlag gegen die „Zionistische Besatzungsregierung“ (ZOG). Das antisemitische Weltbild der Neonazis ist intakt.

Nach ihrer Briefbomben-Kampagne 1997 gegen das „ZOG-System“ sorgten ein blutig ausgetragener Führungsstreit sowie eine neuerliche Kopfliste politischer Gegner für Aufsehen. Danach war es in den letzten Jahren um die in rechtsextremen Kreisen bereits legendäre Gruppierung, die sich mit dem Code „18“ nach Adolf Hitler benannt hat, bedeutend ruhiger geworden.

Im vergangenen Sommer machten die Neonazis unter ihrem neuen Führer William Browning wieder von sich reden. Bei brutalen Übergriffen auf Mitglieder der asiatischen Minorität in nordenglischen Städten mobilisierte Combat 18 das traditionelle Rekrutierungsfeld der Gruppe: rechtsextreme Fußballhooligans, und agierte zusammen mit der National Front. Bestätigt wurde diese Beobachtung durch einen Kader der Gruppe selbst. Darren Wells, bei C18 aktiv seit 1994 und zuvor Anhänger der berüchtigten Hooligangruppe „Chelsea Headhunters“ erklärte, dass er und andere Funktionäre am 26. Mai 2001 bei den folgenschwersten Ausschreitungen in der Stadt Oldham anwesend beziehungsweise beteiligt gewesen seien.

Wells war nach Angaben von „Searchlight“ seit 1999 Zuträger für das antifaschistische Recherchemagazin, bis er Mitte 2001 Combat 18 verließ. Und hier offenbart sich das Paradoxon C18. Die Gruppe, die in Großbritannien mit Morden, Brandanschlägen und Briefbomben wie keine andere für rechtsextremen Terror steht, arbeitet alles andere als kladestin und unkontrollierbar. 1996 wurde bekannt, dass sogar der Begründer der Organisation – Paul David „Charlie“ Sargent – selbst seit Anfang der 90er Jahre auf der Gehaltsliste der englischen Polizei stand. Sargent sitzt seit 1998 wegen Mordes in Haft. Daraufhin übernahm sein Konkurrent Browning die Führung. Über Sargent hatte folglich die englische Polizei ausführliche Informationen über den größten Teil der Aktivitäten von C18 erhalten. Die britische Presse wertet die Inaktivität der Repressionsorgane als Gegenleistung für Informationen, die ihnen durch C18 über nordirische Loyalisten zugänglich wurden. Vor allem die Loyalist Volunteer Force unterhält seit knapp zehn Jahren Kontakt zu den Neonazis.

Die Spitzeltätigkeit aber hat den Ruf der Organisation in der internationalen rechtsextremen Szene nicht grundlegend zerschlagen. Weiterhin stehen wichtige Teile des „Blood& Honour“-Netzwerks zu C18. Die Sektion „Blood and Honour-Scandinavia“ betonte ausdrücklich: „Wir brauchen eine Organisation wie C18 ... als den bewaffneten Arm der Blood&Honour-Bewegung.“

Zwischen Combat 18 und skandinavischen Neonazis herrscht ein herzliches Verhältnis. Zuletzt trafen sich C18 Hooligans mit „White Pride Kameraden“ am 28. Oktober zum Fußballspiel AGF Aarhus gegen Brøndby IF in Dänemark. Mehrere Menschen wurden von den Neonazis dabei zusammengeschlagen.

Richard Linde

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Rund 50 000 Mark Spendengelder sind bei der „Jungen Freiheit“ (JF) eingegangen, um einen Prozess vor dem Bundesverfassungsgericht zu führen. In Karlsruhe will die JF Verfassungsbeschwerde gegen das Land Nordrhein-Westfalen wegen der „verfassungswidrigen“ Erwähnung der JF im dortigen Verfassungsschutzbericht einlegen. Die aktuelle Lage der JF bezeichnet Chefredakteur Dieter Stein in einem internen Schreiben (30. November) an die Förderer des Blattes als „ideal“. So habe sich die wirtschaftliche Lage des Blattes gebessert und die Zeitung sich auf einem „soliden Niveau gefestigt.“ Nun gelte es, den Einfluss der JF „massiv auszubauen“, um die Sprachlosigkeit der Konservativen in Deutschland“ zu durchbrechen. Die Union, so meint Stein, sei „lendenlahm“ und weiche „rückgratslos vor nahezu jedem Vorstoß von Rot-Grün“ zurück.

■ **Bingen** – Bei internen Besprechungen prahlten die beiden zuständigen Beamten der Mainzer Polizei gerne vom „größten Staatsschutz-Verfahren der Nachkriegszeit“. Inzwischen ist daraus ein Debakel geworden. Über sechs (!) Jahre wurde gegen Werner Symanek und die „Unabhängigen Nachrichten“ wegen Volksverhetzung ermittelt. Selbst im Baltikum hatte man Beweismaterial sichergestellt. Und sogar die Bundesanwaltschaft hatte geprüft, ob es sich bei den Herausgebern und Autoren um eine kriminelle oder terroristische Vereinigung handelt. Doch trotz des Aufwands ist nicht viel übrig geblieben. Ein Teil der Vorwürfe ist inzwischen fallen gelassen worden. Und die Anklage gegen Symanek hat das Amtsgericht Bingen abgelehnt. Der Richter erklärte sich für „nicht zuständig“. Die Staatsanwaltschaft geht allerdings davon aus, dass die „Unabhängigen Nachrichten“ in den 90er Jahren mit volksverhetzenden Texten über ein Postfach in Bingen verbreitet wurden. Sie hat nun Beschwerde gegen die Entscheidung des Amtsgerichts eingelegt.

■ **Hamburg** – In der zweiten Runde hat VGR GmbH von Thorsten Lemmer den Rechtsstreit gegen „Kraftschlag“-Sänger Jens Arpe gewonnen. Nachdem Arpe zunächst erfolgreich eine einstweilige Verfügung erwirkt hatte, entschied das Landgericht Hamburg nun für den Produzenten. Beide Seiten hatten sich um die Titelrechte der

„Kraftschlag“-CD „12 Jahre – Musik wie brennendes Benzin“ und einer Gemeinschaftsproduktion mit der Band „Storm“ bemüht. Arpe hatte gegen seinen ehemaligen Partner geklagt, weil er nach eigenen Angaben kein Geld für die Veröffentlichungen erhalten hat. Nun stellte sich allerdings heraus, dass „Kraftschlag“-Drummer Holger Ingwersen Zahlungen und Warenlieferungen im Wert von 33 000 Mark bekommen haben soll. Arpe will nun in Berufung gehen.

■ **Ludwigshafen** – Der rheinland-pfälzische JN-Landesgeschäftsführer Sascha Wagner aus Herzogenrath und sein Gehilfe aus Ludwigshafen Christian Hehl sorgen in der Szene für Ärger. Sie hatten von Ludwigshafen aus eine Busreise zu einem Konzert in England organisiert. Den 48 Teilnehmern knüpften sie dafür 150 Mark ab. Allerdings wurde bei den mitreisenden Glatzen schnell bekannt, dass die tatsächlichen Kosten ungefähr bei 110 Mark lagen. Noch rasanter machte das Gerücht die Runde, Wagner und „Hehli“ hätten den Rest des Geldes, insgesamt rund 2000 Mark, eingesteckt. Mühevoll versucht sich Wagner nun zu rechtfertigen: Bei Konzerten müsse man eben „gewinnorientiert arbeiten“. Unter anderem habe man „hundert Kilometer“ fahren müssen, um die „Kohle einzutreiben“. Frech mündet Wagners „Klarstellung“ in eine Art Spendenaufruf: Alle sollten sich überlegen, „was Ihnen der Befreiungskampf unseres Volkes wert ist“, heißt es, bevor die Bankverbindung der Jungen Nationaldemokraten folgt. Wie hoch der Gewinn bei der Veranstaltung war und wer das Geld eingesteckt hat, teilen Wagner und Hehl nicht mit.

■ **Lüdenscheid** – Die NPD Märkischer Kreis hat für den 19. Januar eine „Demonstration und Fackelmarsch zum 131. Gründungstag des Deutschen Reiches“ in Lüdenscheid angemeldet. Als Redner sind der Kreisvorsitzende und stellvertretende NPD-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen Timo Pradel, der frühere Rechtsterrorist Peter Naumann, der freie Aktivist René Gerke und der NPD-Bundesorganisationsleiter Martin Laus angekündigt. Laus ist NPD-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz und dortiger Spitzenkandidat zur Bundestagswahl im September. Außerdem ist Laus verantwortlich für die „Deutsche Akademie“ mit Sitz in Kaiserslautern. Seine Parteikarriere begann Ende der 80er Jahre beim NHB und den JN.

■ **München** – Das Bundesamt für Verfassungsschutz „hat eine Verdichtung von tatsächlichen An-

haltungspunkten für rechtsextremistische Bestrebungen“ des Witikobundes (BT-Drucksache 14/7560) festgestellt. Hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang, dass im Frühjahr 2000 „Vertreter der rechtsextremistischen Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) und der Witikobund eine „engere Zusammenarbeit“ vereinbart hatten (vgl. BNR 7/01). Vorsitzender des Witikobundes ist Horst Rudolf Übelacker, Autor in rechtsextremen Blättern wie „Opposition“ und „Eckartbote“ sowie im „Hohenrain-Verlag“.

■ **München** – Der Rechtsextremist Reiner Mehr ist Domaininhaber der braunen Webseiten des „Nationalen Widerstand Bayern“ (nwbayern). Der nwbayern fordert unter anderem die „Ausschaltung aller volksfeindlichen und naturfeindlichen Vorgänge in unserer Heimat“, den „Stopp dem Ausverkauf von Volkseigentum“, die „Einstellung aller ungerechtfertigten Zahlungen an das Ausland“ sowie die „Wiedererrichtung einer weitgehend autarken Volksgemeinschaft!“. Mehr, zuletzt Mitglied der Burschenschaft Danubia, war einer der Organisatoren der Neonazi-Feier in der Gaststätte „Burg Trausnitz“ in München in der Nacht zum 13. Januar vergangenen Jahres.

■ **Nürnberg** – Im Anti-Antifa-Stil agitiert der „Nationale Widerstand Nürnberg“ (NWN) gegen Staatsanwälte in Chemnitz. Anlass ist das Ermittlungsverfahren gegen einen Neonazi aus dem fränkischen Forchheim, der bei der Kontrolle an der deutsch-tschechischen Grenze indizierte Musik des braunen Liedermachers Frank Rennicke im Auto hatte. Der ermittelnden Staatsanwaltschaft Chemnitz kündigen die anonym bleibenden Neonazis an: „Sollen sie nur ermitteln, verfolgen – und sich damit tiefer und tiefer in untilgbare Verbrechenerschuld verstricken. Mit jeder der staats... maßnahmen des ... BRD-Regimes kommen denn auch neue Namen in unsere ‘Kundenkartei’ – Namen derer, die wir, wenn das Blatt sich radikal gewendet haben wird, dann sehr eingehend ‘betreuen’ werden.“ Die Drohung der Nürnberger Neonazis wurde unter anderem über das Untergrundblättchen „Der Weiße Wolf“ verbreitet.

■ **Nürnberg** – Ralf Ollert (Jg. 1960), bayrischer NPD-Landesvorsitzender, vormals JN-Landesvorsitzender, ist Spitzenkandidat der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, die am 3. März dieses Jahres bei der Stadtratswahl in Nürnberg kandidieren will. Die „Bürgerinitiative“ hat sich als Wählergruppe konstituiert und eine Kandidatenliste mit 26 „deutsch

denkenden“ Bürgerinnen und Bürgern aufgestellt. An der Spitze stehen neben Ollert die kaufmännische Angestellte Irmgard Thomas und der Sprecher der Bürgerinitiative, der Fertigungsprüfer Johann Körner. Die Bürgerinitiative wendet sich gegen „Überfremdungsterror und Durchrassung“ sowie die „blutrünstige Mordgier von alttestamentarischem Hass entmenslichter Juden gegen die Palästinenser“. Um an der Wahl teilnehmen zu können, benötigt die Gruppierung 610 Unterstützungsunterschriften.

■ **Starnberg** – Über so genannte „Linksextreme Seilschaften in der ‘Süddeutschen Zeitung’“ orakelt ein aktuelles Flugblatt des „Arbeitskreises Medien und Demokratie“ der Deutschlandbewegung (DB). Namentlich an den Pranger gestellt wird unter anderem der Journalist Heribert Prantl. Presse-rechtlich verantwortlich für das Pamphlet und Machwerke ähnlichen Inhalts ist Roland Wuttke aus Mering (Jg. 1954). Wuttke, Mitglied des Sprecherkreises der Deutschen Aufbau-Organisation (DAO), publiziert seit Jahren in rechtsextremen Blättern wie „Nation&Europa“ und „Opposition“.

■ **Trier** – Unter dem Motto „Höchststrafe für Kinderschänder – Nicht wegschauen – handeln“ mobilisierte die NPD am 29. Dezember nach Trier. Der Aufmarsch von circa 150 Rechtsextremisten unter der Leitung des stellvertretenden Trierer NPD-Vorsitzenden Andreas Traxel geriet zum rechten Debakel. Von rund 500 Gegendemonstranten über zwei Stunden mit Schneebällen und anderem Wurfmaterial eingedeckt, wurde auf die Abschlusskundgebung, auf der der JN-Landesvorsitzende Axel Flickinger und die einschlägig bekannte Offenbacher NPD-Kreisvorsitzende Annemarie Paulitsch reden sollten, verzichtet. Auf der zuvor stattgefundenen Kundgebung des „Trierer Bündnis gegen rechts“, an der auch der Trierer Oberbürgermeister Helmut Schröder teilnahm, erklärte die Luxemburger Stadtverordnete Janine Frisch: „Wir treten ein für ein gemeinsames Haus Europa in Toleranz, Freiheit und Gerechtigkeit, und nicht für ein Europa der Nazi-Brüder“.

■ **Weimar** – Das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Süd- und Westthüringen“ (NSAW) hat für den 20. April eine Demonstration in Weimar angemeldet. Chef des neonazistischen NSAW mit Sitz in Erfurt ist der JN-Funktionär Patrick Wieschke (vgl. BNR 20/01). Der NPD-Kreisverband Erfurt-Gotha-Nordhausen rechnet mit 1000 Demonstrationsteilnehmern an diesem Datum. Im nahe ge-

legenden Nordhausen marschierten am 8. Dezember rund 250 Rechtsextremisten auf. Gegen Horst Mahler war zuvor vom Verwaltungsgericht ein Redeverbot für die NPD-Demonstration verhängt worden. Als Redner trat der NPD-Geschäftsführer Frank Schwerdt auf. Zur Auflage machte das Verwaltungsgericht Weimar, dass Wieschke nicht als stellvertretender Organisationsleiter der Veranstaltung fungiert. Bereits 2000 hatte eine NPD-Demonstration in Nordhausen stattgefunden.

Ausland

■ **Griechenland (Pyrgos)** – Nach dreijähriger Flucht wurde der österreichische Neonazi Karl Polacek, einst FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen, in der griechischen Stadt Pyrgos verhaftet. Polacek hatte sich 1999 dem Antritt einer 18monatigen Freiheitsstrafe wegen NS-Wiederbetätigung entzogen und war untergetaucht. Der gebürtige Wiener Polacek war Anfang 1992 wegen latenter Gewaltbereitschaft aus der Bundesrepublik ausgewiesen worden. In seinem Blatt „Braunauer Ausguck“, dessen letzte Ausgabe im Jahr 1998 erschienen ist, hatte er die industriell betriebene Massenvernichtung von Juden im Dritten Reich geleugnet und Gewalt verherrlicht.

■ **Großbritannien (London)** – Der Verlag Focal Points, eine Gründung des britischen Holocaust-Leugners David Irving für die Herausgabe seiner Publikationen, bietet der Höhe nach gestaffelte Anteile am Verlag mit entsprechendem prozentualen Gewinnanteil an. Mindesteinlage sind 2000 britische Pfund, für die Irving 10 Prozent Gewinn im Jahr verspricht. Bei einem Betrag ab 20 000 Pfund bietet er 11,5 Prozent. Irving unterlag vor einem Jahr in einem Verleumdungsprozess, den er gegen die Autorin Deborah Lipstadt angestrengt hat und muss nun etwa drei Millionen Euro Prozesskosten aufbringen.

■ **Österreich (Salzburg)** – Der Neonazi Günther Reinthaler (41), ehemals „Gaubeauftragter für Salzburg und Oberösterreich“ der VAPO, hat sich erneut der NS-Wiederbetätigung schuldig gemacht. Ein Salzburger Gericht verurteilte Reinthaler, der seinen Lebensunterhalt aus der Vermietung von zehn Eigentumswohnungen in Berlin, Barcelona und Salzburg bestreitet, zu drei Jahren Haft. Reinthaler, so der Vorsitzende Richter, habe als „Dreh-scheibe“ für die Neonazi-Szene gewirkt und in seiner Wohnung NS-Propaganda vorrätig gehalten. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adr

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 01-2002 / Abo 5292719000

9

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

■ **Schweiz (Bern)** – Der harte Kern der rechtsextremen Szene in der Schweiz besteht aus 900 bis 950 Aktivisten, was gegenüber dem Vorjahr eine leichte Zunahme bedeute, sagte der Leiter des Dienstes für Analyse und Prävention des Bundesamtes Urs von Daeniken der Nachrichtenagentur AP. Die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten weist für 2001 mit 39 Fällen eine rückläufige Tendenz auf. Ein drastischer Anstieg wurde bei den Skin-Konzerten registriert. Politische Perspektiven versuchten die Nationale Partei Schweiz und die Partei national orientierter Schweizer (PNOS) zu entwickeln. PNOS-Mitglied ist der Holocaust-Leugner Bernhard Schaub, Referent bei der NPD und Autor im Dresdner Verlag Zeitenwende.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.